



Karl-Heinz Zerrle
„Sozialstaat erhalten“

Publikation

Vorlage: Datei des Autors
Eingestellt am 9. Februar 2010 unter
www.hss.de/downloads/100204_RM_Zerrle.pdf

Autor

Prälat Karl-Heinz Zerrle, Landes-Caritasdirektor Bayern

Veranstaltung

„Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Soziale“
Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung
am 4. Februar 2010
im Konferenzzentrum München

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der
Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs
dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Soziale

Sozialstaat erhalten

Landes-Caritasdirektor

Prälat Karl-Heinz Zerrle

4. Februar, 18.30 Uhr

Manche tun inzwischen schon fast so, als sei nichts gewesen. Sie jubeln, dass wir „nur“ gut drei Millionen Arbeitslose haben statt fünf. Dass doch „nur“ verhältnismäßig wenige Betriebe in Konkurs gegangen sind. Und dass diese Konkurse doch im Wesentlichen nur Strukturanpassungen auf Grund interner Managementfehler waren. Aber über die Pleiten der „Großen“ hat man wenigstens gesprochen, über die Pleiten der Mittelständler und der Handwerksbetriebe spricht keiner. Und was das Wegbrechen der Kommunalfinzen bedeutet, das wird noch kaum thematisiert.

Liest man die Kommentare in den Wirtschaftsteilen der Presse zum Jahreswechsel, scheint Optimismus angesagt. Alle Indikatoren weisen wieder nach oben. Nun müssten die Gewerkschaften Lohnvernunft beweisen, das heißt natürlich auf Lohnerhöhungen verzichten. Und die Banken machen schon wieder Riesengewinne, sie schütten Boni aus, als sei nichts gewesen. Die individuelle Gier ist zurückgekehrt, und die Politik schafft es offenbar nicht, strukturelle Vorkehrungen gegen solche Verhaltensweisen durchzusetzen, die uns den Crash beschert haben. Offenbar haben die Brandstifter es geschafft, die Löschfahrzeuge in ihrem Sinn zu steuern. Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums in Davos, hat diesen Prozess so beschrieben: „Der Sinn der Wirtschaft, gemeinsam Güter und Dienstleistungen **zum Wohle der Gesellschaft** zu erzeugen, wurde ersetzt durch den Zweck, kurzfristig möglichst hohen Gewinn und damit steigende Aktienkurse zu erzielen.“ Die Banker haben es auch erreicht, dass sie kaum an den Kosten der Krise beteiligt werden, die wurden auf die Steuerzahler abgewälzt.

Die **Fehler derer**, die die Krise verursacht haben, dürfen nicht mehr weiter verschwiegen und verharmlost werden. Die Krise ist doch nicht wie ein Naturereignis über die Welt gekommen. Die Ordnung der Wirtschaft wird von Menschen gemacht, sie kann und muss deshalb von Menschen gesteuert werden.

Die **Ursachen für die Finanzkrise und die Demontage der solidarischen sozialen Sicherung** in den letzten Jahren entspringen beide demselben, nun endgültig gescheiterten Konzept. Der Staat hatte die Wirtschaft und vor allem den Finanzsektor völlig aus der politischen Verantwortung entlassen. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen und Steuersenkungen, das alles hat den Staat, die sozialen Einrichtungen und die sozial Schwächeren noch ärmer gemacht. Inzwischen werden nicht nur mehr Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen, sondern auch Schulen. Das

Armutrisiko ist durch die die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Ermöglichung prekärer Arbeitsverhältnisse massiv verstärkt worden. Das zeigen alle Armutsberichte im Bund und den Ländern. Die Entgelte für die Dienstleistungen der sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser, Pflegeheime, Beratungsdienste und ambulante Pflegedienste sind von den Kostenträgern real abgesenkt und die Einrichtungen teilweise in finanzielle Schwierigkeiten getrieben worden. „Das Soziale“ hatte in der Zeit des ungezügeltten Finanzkapitalismus kaum noch politische Fürsprecher. Jeder sollte sich selbst der Nächste sein. Wer nicht mitspielen konnte, wie Behinderte oder Pflegebedürftige, wurde verschwiegen oder sogar, wie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger diffamiert. Das muss sich ändern. Die Wirtschaft hat für den Menschen und die Gesellschaft da zu sein, nicht umgekehrt.

Spektakuläre Pleiten im **Sozialbereich** gab es nicht. Noch nicht.

Die Krise wirkt sich bei uns anders aus, unspektakulär, für die breite Öffentlichkeit unsichtbar, aber für die Betroffenen und die Mitarbeitenden spürbar:

- In den Beratungsstellen werden die Wartelisten lang und länger. Warum? Weil die Zahl der Hilfesuchenden zunimmt und weil die Träger gezwungen sind, Personal zu strecken. Frei gewordene Stellen werden länger nicht besetzt.
- In Behinderteneinrichtungen legt man Gruppen zusammen, kürzt Behandlungseinheiten. Personal sparen heißt die Devise.
- In den Werkstätten für Behinderte brechen Aufträge weg.
- Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen konnten mangels staatlicher Gelder nicht modernisiert werden. In Bayern ist das auch eine Folge der Sparpolitik von 2004.
- Die „Tafeln“ boomen. Damit wir uns recht verstehen: Ich schätze das Engagement der Freiwilligen, die die kostenlose Ausgabe von Lebensmitteln organisieren und durchführen. Aber jede neue Tafel ist auch eine Niederlage für den Sozialstaat. Menschen haben soziale Rechte, die man nicht durch Mildtätigkeit ersetzen darf.
- Niemand weiß zurzeit, wie sich Einnahmeverluste der Kommunen, der Landkreise und in der Folge auch der Bezirke auf den Sozialbereich auswirken werden. Ich sehe höchste Gefahr für die freiwilligen Leistungen, aber auch für die Pflichtleistungen. Wer übernimmt sie, wenn Kommunen pleite sind?

Es wird höchste Zeit, dass alle Akteure zu einer Mentalität umkehren, in der die Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und die Solidarität für alle dominieren und nicht der Egoismus weniger.

Was können wir tun?

- **Erstens: Wir können Bündnisse** von Organisationen mit ähnlichen Zielen schließen. Ich zitiere noch einmal Klaus Schwab: „Wir werden in diesem Jahr von der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine soziale Krise gehen. Die wird geprägt sein durch erhöhte Arbeitslosigkeit und sinkende Kaufkraft.“ Aber, fährt Schwab weiter, auch dadurch, „dass Menschen wieder ein ausgeprägteres Gerechtigkeitsgefühl haben. Exzesse, die wir bei Gehältern gesehen haben, werden von der Gesellschaft nicht mehr hingenommen. Es besteht die Gefahr, dass der Druck der Straße zunimmt.“ Soweit Klaus Schwab.
- **Zweitens: Wir müssen unsere Lobby-Arbeit verstärken.** Ich nenne dazu zwei Punkte, einen inhaltlichen und einen organisatorischen.
 - Vom 23. April bis zum 2. Mai 2010 organisieren die Wohlfahrtsverbände wieder den „Rollentausch“. Wir laden Politikerinnen und Politiker aller Ebenen, vom Gemeinderat bis zum Europaparlament, Mitarbeitende in Behörden und aus der Wirtschaft ein, einen Tag oder wenigstens ein paar Stunden in einer sozialen Einrichtung zu verbringen und dort mitzuarbeiten. Der persönliche Kontakt mit den Klienten wirkt mehr als 100 Briefe und Gespräche in Abgeordnetenzimmern (die auch sein müssen).
 - Inhaltlich sollten wir mehr über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sozialbereichs sprechen. Eine Studie der Wohlfahrtsverbände und des Sozialministeriums über den „Sozialmarkt Bayern“ liefert dazu gutes Material. Nur einige Ergebnisse:
 - In der Sozialwirtschaft in Bayern sind 300.551 Menschen beschäftigt. Erheblich mehr als in der Autoindustrie (182.000) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (215.000) zum Beispiel.
 - Die regionalökonomische Wirkung ist enorm. Teilweise gehören soziale Einrichtungen zu den größten Arbeitgebern in Kommunen und Landkreisen.
 - Mindestens 50 Prozent der sozialen Ausgaben des Staates fließen über Einkommenssteuern, Sozialabgaben, Umsatzsteuern direkt zurück in die öffentlichen Kassen. Hinzu kommen Multiplikatoreffekte.

Damit wir uns aber richtig verstehen: Vor aller volkswirtschaftlichen Bedeutung kommt die menschliche. Soziale Einrichtungen müssen sich betriebswirtschaftlich nicht in jedem Fall rechnen, auch wenn Wirtschaftlichkeit kein Fremdwort sein darf. Soziale Einrichtungen sind in einer humanen Gesellschaft Notwendig.

- **Drittens: Wir müssen die Art unserer Leistungserbringung überdenken.** In der Wissenschaft ist heute von einem Wohlfahrtsmix die Rede, der professionelle

Sozialarbeit und Bürgerschaftliches Engagement als Co-Produzenten sozialer Dienstleistungen sieht. Dieses Denken erfordert eine Neukonzeptionierung der Sozialen Arbeit. Darüber sollten wir nachdenken. Wir tun das zurzeit gemeinsam mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in einem Modellprojekt in Kindertagesstätten.

- **Viertens: Wie aber muss Sozialpolitik, wie muss das Soziale organisiert werden?** Ohne den Bezug zu Werten, zur Menschenwürde für das ungeborene Kind bis zum todkranken sterbenden Menschen, wird jede Politik und auch jede Sozialpolitik beliebig, abhängig von politischen Stimmungen und Machtverhältnissen. Eine Wert-lose Politik ist wertlos. Schlimmer noch: Sie zerstört den sozialen Frieden und damit die Gesellschaft. Ich empfehle, die Prinzipien der Katholischen Soziallehre zu beachten und für die heutige Zeit umzusetzen.

Wer aber soll eine wertorientierte Sozialpolitik bezahlen?

Dazu brauchen wir eine Offensive für mehr Solidarität. Wir erleben derzeit das Gegenteil.

Ich kenne keinen Wirtschaftswissenschaftler, der eine breite Steuersenkung in der derzeitigen Situation für sinnvoll hält. Auch die Caritas hat sich gegen diese Pläne schon im Wahlkampf gewandt. Denn sie nehmen dem Staat noch mehr soziale Gestaltungsmöglichkeiten. Und ich wage zu bezweifeln, ob die Menschen für monatlich 20 Euro mehr auf dem Konto lieber schlechte Straßen und verschimmelte Schulen in Kauf nehmen wollen.

Wir brauchen eine Offensive für mehr Solidarität, die auf das **Gemeinwohl** ausgerichtet ist. Zu dieser Solidarität müssen wir gerade die Leistungsträger der Gesellschaft und Wirtschaft ermutigen. Solidarität heißt ganz konkret ein Steuersystem, in dem jeder nach seinen Möglichkeiten belastet wird. Es heißt, dass wir die solidarischen Sozialversicherungssysteme auf der Einnahmeseite verbreitern müssen, ohne Bemessungsgrenze und unter Einbezug aller Bürgerinnen und Bürger von allen ihren Einkünften. Auf der Ausgabenseite kann man von unten sockeln und von oben deckeln. Das ist übrigens gute Katholische Soziallehre, wie sie der Priester und Jesuit Friedhelm Hengsbach vertritt.

Ich darf schließen mit einem Wort von Papst Benedikt XVI. aus seiner Sozialenzyklika „Caritas in veritate“: *„Die Entwicklung wird niemals von gleichsam automatischen und unpersönlichen Kräften – seien es jene des Marktes oder jene der internationalen Politik – vollkommen garantiert werden. Ohne rechtschaffene Menschen, ohne Wirtschaftsfachleute und Politiker, die in ihrem Gewissen den Aufruf zum Gemeinwohl nachdrücklich leben, ist die Entwicklung nicht möglich.“ (Nr. 71)*